

**F**ür die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, sind die »Rechtspopulisten« verantwortlich. So wird das Referendum vom Donnerstag in praktisch allen deutschen Zeitungen kommentiert. 52 Prozent der Abstimmenden hatten sich da für einen Austritt entschieden. Auch Sie, ein Gewerkschafter, haben mit der Kampagne »Trade Unionists Against The EU« Stimmung gegen den Staatenbund gemacht. Ganz allein?

Wir hatten Unterstützung aus allen Teilen der britischen Gewerkschaftsbewegung und von Schwesterorganisationen aus ganz Europa. Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern und Menschen aus der Arbeiterklasse haben für den Austritt aus dieser neoliberalen EU gestimmt. Sie lehnen das politische Establishment und dessen Institutionen ab. Freihandel, freier Kapitalverkehr und Schuldenbremsen werden von der EU gefördert, die Interessen der Bevölkerung bekämpft sie.

**Welche Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Arbeit hat denn die Mitgliedschaft in der Europäischen Union?**

Gewerkschafter sind in ihr gefangen. In einem antidemokratischen Apparat, der von den Großunternehmen geschaffen wurde, um Arbeiterrechte zu zerstören. Kürzungen sollen erzwungen werden, der Widerstand dagegen paralytisch. Eine Zukunft ohne Austeritätspolitik kann es nur geben, wenn man die EU verlässt. Die Europäische Kommission, das Europaparlament, die Europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof betreiben eine neoliberale Politik. 22 Millionen Menschen waren nach offiziellen Zahlen 2015 in den Mitgliedsstaaten arbeitslos. Überall gibt es Unterbeschäftigung. Viele Jobs sind schlecht bezahlt und unsicher. Die EU richtet sich voll und ganz nach den Bedürfnissen der Superreichen.

**Was hat Sie persönlich motiviert, sich für den Austritt stark zu machen?**

Für mich ist das Schicksal Griechenlands ein Beispiel für den brutalen Charakter der EU. Aber eben nur eins. Wie die allermeisten anderen Menschen bin ich täglich direkt damit konfrontiert. Unsere Renten stagnieren, und unsere Schulden steigen in astronomische Höhen. Wir leben von Woche zu Woche, können uns die Mieten oder Hypotheken nicht leisten. Energiekosten, Telefonkosten, der öffentliche Nahverkehr, die Kinderversorgung: Alles wird immer teurer.

**Und doch hat der Dachverband der Gewerkschaften, der Trades Union**



»Millionen lehnen das politische Establishment und dessen Institutionen ab«: Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, und der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz (18. Februar 2016)

## »Die EU ist kein Ort für Internationalisten«

Sind nur Rechte für den »Brexit«? Von wegen! Britische Gewerkschafter traten für den Austritt ein. Ohne den bliebe der Kampf gegen Austerität hoffnungslos. **Gespräch mit Enrico Tortolano**



Enrico Tortolano ist Kampagnendirektor der Aktion »Trade Unionists Against the EU« (TUAEU, Gewerkschafter gegen die EU)

**Congress, TUC, sich für einen Verbleib im Staatenbund eingesetzt. Nur so könnten die Rechte der Beschäftigten vor den Konservativen bewahrt werden, die auf Abbau aus seien.**

Da wird behauptet, die EU sei ein sozialdemokratischer sicherer Hafen, der uns vor den bösen Tories schütze. Das ist eine absurde Phantasie. Die Europäische Union wurde als Organisation des kapitalistischen Establishments geschaffen. Wenn ein Großteil der Parlamentsfraktion von Labour und die Mehrheit der Gewerkschaftsbewegung nun den Mythos vom sozialen Europa für wahr

halten, ist das leichtgläubig. Der Generalsekretär der Transportarbeitergewerkschaft RMT, Bob Crow – er ist leider verstorben –, hatte vollständig recht, als er sagte: »Kein einziger Job ist durch die EU-Gesetzgebung gerettet worden. Sie ist voller unternehmerfreundlicher Schlupflöcher, die genutzt werden, um jeden möglichen Vorteil für die Arbeiter zu ignorieren.« Mehr Rechte erhalten die Arbeiter nicht durch die Gesetze, die von den Brüsseler Bürokraten beschlossen werden. Sondern wir erzielen sie durch unsere kollektive Stärke und unsere Fähigkeit, uns zu organisieren und Kämpfe zu führen.

**Wie sind Sie mit dem Vorwurf umgegangen, dass eine Stimme gegen die EU eine Stimme für die Rassisten von der UKIP sei?**

Dieser Vorwurf ist Blödsinn. Die EU ist kein Ort für Internationalisten. Sie ist eine Festung der Rassisten, die alles

tun, um Flüchtlinge aus Syrien und anderen Ländern aufzuhalten. Außerdem betreibt die Europäische Union eine sehr aggressive Handelspolitik, insbesondere gegenüber afrikanischen Ländern. Dort steigt die Armut, hier wird das reichste, weiße eine Prozent reicher. Auch Solidarität zwischen den Staaten der EU existiert nicht, was etwa die Spannungen zwischen Griechenland und Deutschland zeigen.

**Das Referendum ist in Ihrem Sinn ausgegangen. Was sollte nun passieren?**

Artikel 50 des Lissabonner Vertrags (der den Austritt regelt, jW) muss sofort in Anspruch genommen werden. Die Medien und das politische Establishment werden versuchen, die Lage zu manipulieren. Deshalb müssen die Arbeitenden wachsam sein. Dafür werden wir uns auch weiter einsetzen.

**Interview: Christian Bunke**

### ■ Gewerkschaften über den »Brexit«

#### ■ BRD: Falsche Entscheidung

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) hat dessen Vorsitzender, Reiner Hoffmann, am Freitag eine Stellungnahme zum Votum der britischen Bevölkerung über den EU-Austritt abgegeben. »Ich halte die Entscheidung für falsch, aber es ist eine demokratische Entscheidung, sie muss respektiert werden«, so Hoffmann. Die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedsstaaten müssten sich nun »für die Beschäftigten und ihre Familien und gegen eine weitere Polarisierung der Gesellschaften und soziale Spaltung« einsetzen. »Die Freizügigkeit muss erhalten bleiben«, so Hoffmann.

#### ■ Österreich: Gegen den europäischen Gedanken

Der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), Erich Foglar, nannte den anstehenden Austritt der Briten »einen Wendepunkt in der Geschichte der Europäischen Union«. Diese »Renationalisierung« stehe dem »ursprünglichen europäischen Gedanken« entgegen, so Foglar in einer Mitteilung am Freitag. Kritik an der EU sei zwar berechtigt, doch hätten »die letzten Jahre auch einige sozialpolitische Verbesserungen gebracht«.

#### ■ Schweiz: Ändert für uns nichts

Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU, dennoch äußerte sich auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) zum britischen Referendum. In einer Stellungnahme vom Freitag heißt es, der Entscheid stelle »das Europäische Projekt vor große Herausforderungen«. Der SGB merkte an, dass Großbritannien im Gegensatz zu anderen einkommensstarken EU-Staaten bei Einführung der Personenfreizügigkeit keine Maßnahmen zum Schutz der Löhne und der Arbeitsbedingungen ergriffen hatte. »Der Entscheid der Briten ändert nichts daran, dass die Schweiz die bilateralen Verträge mit der EU erhalten muss«, so der SGB.

#### ■ Spanien: Arbeiter werden die Opfer sein

Der Generalsekretär des spanischen Gewerkschaftsbundes UGT, Pepe Álvarez, sprach hinsichtlich der Entscheidung der Briten von einem »schwarzen Tag für Europa«. Zu den Opfern gehörten die europäischen Arbeiter, deren Rechte – von der Freizügigkeit bis zu den Arbeitsbedingungen – eingeschränkt würden.

#### ■ Frankreich: Mehr Kampf gegen Sozialabbau nötig

Am Freitag haben sich auch französische Gewerkschaften zum »Brexit« zu Wort gemeldet. Der Dachverband CGT titelte: »Ein soziales Europa ist vonnöten!« Der Volksentscheid sei das Resultat einer EU, deren Fundamente Sozialdemung und Austerität seien. Dem müsse ein Europa der Solidarität, Demokratie, der Kooperation, der Gleichstellung und des sozialen Fortschritts entgegengestellt werden. Wichtig sei es, die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten im Kampf gegen Sozialabbau zu mobilisieren. (jW)

## Die beste Networking-Plattform für Arbeiter ...

... ist die Gewerkschaft. Den Schluss legt eine Erhebung zur internationalen Solidarität nahe

**G**renzüberschreitende Solidarität unter ArbeiterInnen« – unter diesem Titel erschien kürzlich eine Studie bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In ihr analysiert Jörg Nowak vier Projekte, bei denen sich Arbeiter und Angestellte teils über Kontinente hinweg zusammengeschlossen haben.

Auf sich allein gestellt geht es nicht mehr voran, das mussten etwa die Beschäftigten des Brauseherstellers Coca-Cola lernen. Weltweit lassen sich dessen Abfüllanlagen finden. Doch die sind formal vom Konzern unabhängig – er vergibt die Lizenzen. Das machte es den Beschäftigten schwer, einen Erfolg bei den immer wieder aufflammenden Arbeitskämpfen zu erringen. In den lokalen Betrieben könnten zwar Kämpfe durch

die Arbeitenden begonnen, aber oftmals nicht gewonnen werden, heißt es in der Studie. Vorangetrieben wurde die Vernetzung der Beschäftigten dann durch eine Boykottkampagne Anfang der 80er Jahren. In der Folge konnte die Internationale Gewerkschaft der Beschäftigten in der Nahrungsmittelbranche (IUF) ein weltweites Netzwerk aufbauen. 2008 wurde daraus die Coca-Cola-Allianz.

Besonders wichtig für die Allianz sei die Etablierung von acht hauptamtlichen Koordinatoren gewesen. Diese widmen sich ausschließlich Abstimmung und Aufbau der internationalen Arbeit des Netzwerks. Bei Fragen der Organisationen in einzelnen Ländern könnten die Koordinatoren herangezogen werden. Gibt es dann Probleme, die sich

nicht sofort regeln lassen, könne über die Coca-Cola-Allianz rasch Druck auf die Zentrale des Getränkegiganten in Atlanta ausgeübt werden.

Dem eher zentralistischen Ansatz der Coca-Cola-Allianz steht das Projekt »Exchains« gegenüber. In ihm haben sich deutsche Einzelhandelsbetriebsräte, besonders jene von H & M und Zara, mit Gewerkschaftern der Bekleidungsproduktion in Asien zusammengesetzt. Während sie ihre eigenen Belegschaften organisierten, befassten sich die Betriebsräte auch mit der Situation in den Zulieferfirmen. Und reagierten empört auf die dortigen Arbeitsbedingungen. Die erste Reise von deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern nach Sri Lanka habe dann 2004 stattgefunden,

so die Studie. Auch zu Gewerkschaftsaktivisten aus Indien und Bangladesch gibt es mittlerweile Kontakte. Gemeinsam erstellen die Beschäftigten sogenannte Health Mappings (eine Art Bestandsaufnahme zu Gesundheitsrisiken), fragen dabei sich und ihre Kollegen: »Was an der Arbeit macht uns krank?«

Übersichtlich fasst die nur 28 Seiten lange Erhebung Stärken und Schwächen der einzelnen Modelle zusammen. Als Ergebnis hält sie fest, »dass Gewerkschaften nach wie vor eine Schlüsselrolle bei der grenzüberschreitenden Solidaritätsarbeit spielen«. Es seien aber neue Akteure, etwa linke Gruppen oder NGO, hinzugekommen. Wenig bedeutend seien hingegen Parteien. **Johannes Supe**

■ [kurzlink.de/Studie-Vernetzung](http://kurzlink.de/Studie-Vernetzung)